

Sankt haben. Auch das ist eine Illustration zur Papentebe, die mit dem Gebot endet: „Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!“

Die Arbeiter wissen, was damit gemeint ist. Sie werden ihre Kampffront ausbauen und noch wie vor in nationalsozialistischer Aktion jeden Pfennig Bohrer abwehren und auf den Stempelsteinen und Wahlzettelstücken gegen jede Verschlechterung ihrer Lebenslage kämpfen.

### Freiheit für die Monarchisten

Wetter Entschlüsse über Papens Pläne zur Verfassungsänderung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die über die Absichten der Papen-Schleicher-Regierung stets gut unterrichtet ist, berichtet einige weitere Einzelheiten über die Verfassungsänderungspläne der Regierung. Danach ist beabsichtigt, den Artikel 17 der Weimarer Verfassung so zu ändern, daß folgende Bestimmungen aufgehoben werden:

Wahlbestimmung, wonach auch die Länder eine freiwahlliche Verfassung haben müssen; die Verpflichtung, daß ihre Landtage nach den Grundgesetzen der Verhältnisse gewählt werden sollen; die Veränderung des parlamentarischen Systems auch in den Ländern; die Anwendung der Grundgesetze für die Landtagewahlen auch für die Gemeindevahlen.

Die Aufhebung dieser Bestimmungen würde bedeuten, daß jedes Land ohne die neue Verfassung zu „verleihen“, eine Monarchie auszurufen könnte, selbst wenn das Reich noch eine Republik ist. Zweifellos hat diese Pläne eine besondere Konzeption an die monarchischen Monarchisten, mit denen Herr von Papen ja schon in München sehr liebevollige Beziehungen gewickelt hat. Die Arbeiterklasse hat alle Ursache, diese Verfassungspläne der Papen-Schleicher-Regierung aufs Schärfste zu bekämpfen. Der heile Kampf gegen die monarchistische und faschistische Reaktion ist heute die Zusammenfassung aller Kräfte in einer neuen Einheitsfront gegen John- und Unterdrückungsabbau, gegen Kolonialverdrängungen und faschistischen Terror!

### Festung für SPD-Abgeordnete

Dem Reichsgericht in Leipzig wurde der Reichstagsabgeordnete Genosse Zschalich wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil hängt sich auf eine Reihe von Genossen Zschalich aus dem Jahre 1929 (1) Genosse Zschalich soll damals an die Solidarität der Parteimitglieder mit dem Proletariat appelliert haben.

Auch diese neue Verurteilung eines unserer Abgeordneten beweist die Wahlmängel der kommunistischen Wahlpropaganda und gehört zum Festung gegen unsere Reichstagsopposition. Es gibt dagegen überall den härtesten Protest.

## Großagrarien bedrohen die Währung

Kapitalistische Profitinteressen nötigen Luther zum Vorkoß gegen die Papenregierung

Die bürgerliche Presse ist ganz aus dem Häuschen geraten. Reichsbankpräsident Luther hat im Namen des Reichsministeriums für Reichsbank und Reichswirtschaftsminister Schulze erklärt, in dem er vor den Folgen der Kontingentierungspolitik der Regierung warnt und erklärt, letzterlei Garantie für die Währung mehr übernehmen zu können.

Der Brief Luthers ist nichts anderes als der organisierte Vorstoß der Schwerindustrie gegen die Agrarier, die durch die Kontingentierungspolitik der Reichsregierung in der jährlichen Welle profitieren.

Die Regierung hat in einer Sitzung am Freitagabend in Anwesenheit Luthers dahingehend entschieden, daß das Inkrafttreten der Kontingentierung — wohl bis nach den Wahlen — verschoben, aber inwischen andere Geschenke für die Großagrarien vorgezogen werden.

Die Interessengegenstände zwischen der Industrie und den Agrariern finden auch ihren Ausdruck in den Differenzen in der Reichsregierung selbst. Reichswirtschaftsminister Waldbach hat sich gegen die Vorschläge des Landwirtschaftsministers von Braun, der die großagrariischen Kontingentierungswünsche verteidigt, ausgesprochen.

Wir haben bereits mehr als einmal auf die vernichtenden Folgen der Autarkie-Politik hingewiesen, die, wie man das immer wieder betonen muß, von den Nazis propagiert wurde, und die jetzt, wie das Luther in seinem Brief ausdrückt, zur Gefährdung der Währung, d. h. zur Inflation führt. Der Beschluß der Papenregierung, das Inkrafttreten der Kontingentierungspläne hinauszuschieben, ist ein Beweis dafür, auf wie tönernen Füßen das groß angelegte Anfordungsprogramm zum „Wiederaufbau der Wirtschaft“ steht. Sind auch die Autarkiemassnahmen der Reichsregierung ein wesentlicher Bestandteil dieses Programms. Raum begannen, so brechen diese Pläne in sich selbst zusammen, und führen zu neuen größeren Schwierigkeiten, die wiederum auf den Rücken der Arbeiter ausgetragen werden sollen.

### Braun wollte Papen zum Preußenminister machen

Leipzig, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Am gestrigen Verhandlungstag vor dem Staatsgerichtshof wurde die Debatte über „berechtigte oder unberechtigte“ Anwendung des Artikels 45 der Weimarer Verfassung zu Ende geführt. Auch in dieser Verhandlung betonten die Vertreter der Preußenregierung ihre Bereitwilligkeit, mit der Papen-Schleicher-Regierung zusammenzuarbeiten. Als die Preußenregierung alle Maßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung vorbereitet hat, geht aus folgender Erklärung des Preußen-Vereinsers Broch hervor:

„Herrn Dr. J. In der Sitzung des Reichspräsidenten Brauns den Reichspräsidenten zu bewegen, er möchte sich zum persönlichen Wahlpräsidenten wählen lassen. Wenn Reichspräsident v. Papen vom Landtag zum Reichspräsidenten gewählt würde, so sei rechtlich alles in Ordnung.“

Das ist die offene Zustimmung zu den Verfassungsänderungsplänen Papens. Die SPD-Minister haben in der Frage der Verfassungsänderung auf demselben Boden wie Papen.

## 800 Prozent Bürgersteuer in Dresden

Darüber sprach am Mittwoch, dem 12. Oktober, 18.30 Uhr, in

### 4 großen Protestkundgebungen

in Regisheim, Dresden, Friedrichstraße; Drei-Kaiser-Hof, Sektan; Reichsplatz, Bismarckweg; Donath's Neue Welt, Mittelweg;

die Genossen Bietz, Berlin; Schreyer, Dresden; Siegel, SPD, Schriftleiter Seyffing.

Kaufmannschaft: Kolonialarbeiter 68 Pfennig, Gewerksleute 28 Pfennig.

## Hungerunruhen — die Folge der Not

Unterstützungsauszahlung im Ruhrgebiet in Frage gestellt. Erwerbslose drängen ins Wattenfelder Rathaus ein

Wie die bürgerliche Presse meldet, kam es am Sonntag in Wattenfeld im Ruhrgebiet zu schweren Hungerunruhen. Infolge ihrer finanziellen Schwierigkeiten hat die Stadtverwaltung Wattenfeld erklärt, daß sie die Unterstützungsgelder nicht in voller Höhe, sondern nur zu Dreierlei auszahlen könne. Der Erwerbslosen bemächtigte sich große Erregung. Sie zogen zu Hunderten vor das Rathaus und entsandten eine Delegation zum Oberbürgermeister Dr. Heberich, um die sofortige Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung zu verlangen. Auf den Befehl, daß die Stadtverwaltung dazu nicht in der Lage sei, drangen etwa 100 Erwerbslose in das Rathaus ein, wobei es zu tumultuarischen Szenen kam. Die alarmierte Schutzpolizei ging darauf gegen die Demonstranten vor und drängte sie aus dem Rathaus heraus, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Darauf trat ein Teil der Demonstranten zum Gerandrupf und ließ sich bürgerlicher Kleidung etwas acht große Lebensmittelbrot angeschlossen haben. Dabei kam es ebenfalls zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei.

Schon vor Tagen wurde berichtet, daß die größten Gemeinden des Ruhrgebietes vor dem finanziellen Bankrott stehen, in daß die Auszahlung der Unterstützungen in Frage gestellt ist. Aber zu derselben Zeit schafften die Unternehmer und Großgewinnrentengewinne durch Lohnabbau, Einstellungsparitäten und Subventionen. Die Papenregierung aber gibt den Hungertrahntrostriche Worte, die nichts als leere Versprechungen sind.

## Naziterror fordert Todesopfer

Eine unbeteiligte Frau erschossen. Schaffi Massenselbstschuß gegen faschistische Bänder

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Wie aus Dortmund gemeldet wird, zogen am gestrigen Sonntagvormittag circa 400 uniformierte SA-Männer durch das Arbeiterviertel im Norden der Stadt. Infolge des Auftretens der Nazis kam es zu Zusammenstößen mit der proletarischen Bevölkerung, wobei die SA schuß. Die einwirkende Polizei machte von der Schusswaffe Gebrauch. Als Opfer der Zusammenstöße sind bis jetzt 2 Tote und 11 zum Teil Schwerverwundete gemeldet. Eines der Todesopfer — eine Arbeiterfrau, die aus dem Fenster sah — wurde von einer Polizeikugel getroffen, als die Polizei mit dem Ruf: „Fenster zu!“ durch die Straßen zog.

Das Arbeiterheim besetzte. Nach den bisherigen Feststellungen sind 3 Todesopfer und werden vielen Leichtverletzten ca. 30 Schwerverwundete zu verzeichnen, von denen mehrere in Lebensgefahr schweben. 55 Schußwunden wurden verheilt. Unter den Schwerverwundeten befinden sich mehrere Schußwunden. Die SA-Führer konnten unter dem Schutz der Polizei geflohen abziehen.

In Berlin überfielen in der Schönhauser Straße gestern Nacht eine Anzahl SPD-Arbeiter. Ein SPD-Arbeiter erlitt eine schwere Kopfverletzung.

### Drei Tote, 30 Schwerververletzte in Wien

Noch schwerere Zusammenstöße werden aus Wien gemeldet. Ein harter SA-Trupp griff im Wiener Vorort Simmering das dortige Arbeiterheim des sozialdemokratischen Schutzbundes an. Die Schutzbündler wehrten sich, worauf die Polizei eingriff und

### Einheitsfront von SPD bis Nazis zum Stube Papens

Durchsichtiges Betrugsmanöver im Auswärtigen Ausblick

Am Montagvormittag trat der Auswärtige Ausblick auf Antrag der Kommunisten zusammen, damit zu den überaus wichtigen Fragen der Außenpolitik, insbesondere zu den Rüstungsfragen und der Tribuspolitik von Lausanne, Stellung genommen werde. Die Reichsregierung war nicht erschienen und hatte mitteilen lassen, daß sie nicht erscheinen werde.

Darauf gab zuerst der Sozialdemokrat Beitz eine Erklärung für die sozialdemokratischen Ausschüßmitglieder ab, in der nach einem letzten Protest gegen viele neue Verfassungsänderungen durch die Regierung erklärt wurde, daß die SPD eine jährliche Beratung nicht für zweckmäßig hält, solange die Regierung nicht anwesend sei. Der Zentrumsabgeordnete Beil schloß sich Beitz an und brachte eine Entschließung ein, die eine hohle Protest gegen die Regierung formulierte. Natürlich schloßen sich auch die Nazis dieser Front Beitz-Beil an; der Sprecher Kollmann erklärte, daß sie kein Interesse an Verhandlungen in Abwesenheit der Regierung hätten.

Genosse Kollmann ergriff im Namen der kommunistischen Abgeordneten dieses letzte Zurückweichen vor Papen. Die ganze Komödie der Sozialdemokratie soll ja nur davor sein, die Parteien von SPD bis Nazis in der Reichsregierung ihr Spiel erleichtern wollen. Mit einem solchen Protest wollen die Parteien nur die Wählermassen darüber hinwegtäuschen, daß sie die verderbliche Außenpolitik des Papenabenteuers hinaus zu machen, sondern sie verlangen, daß der Ausblick in seiner Öffentlichkeit in die Beratungen eintritt, damit dem deutschen Volk gesagt wird, welches verhängnisvolle Spiel die Reichsregierung mit seinen Lebensinteressen treibt. Der Ausblick ist sich als Unterhaltungsausschüß konstituiert und die Verantwortung der Minister vornehmen. Diese beiden Anträge der Kommunisten wurden von Nazis und Zentrum abgelehnt, während sich die Sozialdemokraten der Zustimmung enthielten.

### Arbeiterkinderdemonstrationen im Reich

In Wuppertal demonstrierten am 1. Oktober 500 Arbeiterkinder gegen das Verbot, Schupo ging gegen die Kinder vor. Ein zwölfjähriger Junge wurde verhaftet und mit der Wache genommen. Daraufhin versammelten sich die Kinder vor der Wache und forderten die Freilassung des Arbeiterkinder, der dann in Freiheit gelang.

Weitere Meldungen über Kinderdemonstrationen in Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet, Köln, Erfurt und Hannover sind eingelaufen.

## Kampfgelöbnis für rote Einheitsfront

Die roten Vollkongresse in Freital, Radeberg und Birna im Zeichen des antifaschistischen Kampflampfes

Dresden, 17. Oktober 1932

Wie der antifaschistische Kampflampf in Dresden, so gehalten ist auch die roten Vollkongresse am Sonntag, dem 16. Oktober in Freital, Birna und Radeberg in nachvollziehbarer Weise die Steigerung der antifaschistischen Aktion. Sie dienen der Verbreiterung der roten Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger und Faschismus. Ihr Appell an die Arbeiterklasse zur aktiven Solidarität mit den im Streik gegen den Lohnabbau streikenden Bergarbeitern hat einen begeisterten Widerhall unter den werktätigen Massen.

### Auf dem Kongress in Freital

waren 130 Delegierte vertreten. Darunter 10 SPD-Arbeiter und 30 freigeistlich organisierte Kollegen. 40 Delegierte waren Mitglieder der KGD und 83 gehörten keiner Organisation an. Die bundestreuen Sportvereine hatten 15 Delegierte entsandt. Den Mittelstand vertraten 2 Vertreter. Außerdem waren noch 57 Gäste anwesend.

Das Referat fand härmliche Zustimmung. Die Delegierten legten ein Kampfgelöbnis für die antifaschistische Aktion ab.

In der Diskussion nahm auch ein Delegierter des Mittelstandes das Wort und betonte die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes in der jetzigen Situation.

### In Radeberg

hatten sich 112 Delegierte eingefunden. Davon waren drei sozialdemokratische und 41 parteilose Arbeiter. Zwei Delegierte waren frühere Angehörige der NSDAP. Die Jungarbeiter

aus dem Arbeiterviertel Wochau hatten ebenfalls zwei Delegierte entsandt. Unter den Delegierten befanden sich 24 Frauen. Außerdem nahmen 24 Gäste an dem Kongress teil.

Das Referat des Vertreters des Einheitsausschusses von Dresden wurde mit Begeisterung aufgenommen. In der Diskussion sprachen Vertreter der Betriebe Hufschreuter und Strangefeld und Gregor zu dem Kampf gegen den Lohnabbau und schürten das schändliche Verhalten der Gewerkschaftsleiter. Ueber die Zustände in den Arbeitervierteln berichteten einige Delegierte der Erwerbslosen. Ein ehemaliger Angehöriger der NSDAP schilderte den Zustand, in welchem sich die Nazi-partei befindet.

Neben einem Kampfpappell wurde noch eine Resolution gegen das Verbot der Erwerbslosenzeitung beschlossen und Protest gegen die amerikanische Klassenjustiz erhoben, die beabsichtigt 8 Regierungen hinzurichten.

### In Birna

nahmen an dem roten Volksgang 206 Delegierte teil, die in den Verammlungen der Delegierten, der Erwerbslosen der proletarischen Massenorganisationen und in öffentlichen Versammlungen gemacht worden waren. Außerdem nahmen 21 Gäste an dem Kongress teil.

Das Referat hielt ein Vertreter des antifaschistischen Einheitsausschusses von Leipzig. Es wurden ein Präsidium und eine Mandatsprüfungskommission gewählt.

In der Diskussion berichtet unter anderem ein Vertreter über die Zustände im Betrieb Rätiner und ein Jugenddelegierter schilderte den Kampf der Jungproleten im Arbeiterviertel Wochau. Große Enttäufung rief die Mitteilung eines erwerbslosen Delegierten hervor, der berichtete, daß der Rat der Stadt Birna beabsichtigt

die Arbeitslose, die sich weigern Willkür zu leisten, die Zwangsarbeit in der Arbeitslosenzeitung zu verschaffen lassen.

Ueber einem Kampfpappell wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der gegen die Schließung des Büros der Hauptverwaltung der „Volkshilfe“ protestiert wird.

Die roten Volksgänge sind ein wichtiger Bestandteil der Steigerung des Kampfes der Arbeiterklasse und die Arbeiterklasse wird dem Kampf folgen, am 6. November mit der Durchführung für die Kommunisten ein Gelöbnis für den antipolitischen Kampfschritt abzulegen.